



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

18. Sitzung (öffentlich)

11. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitz: Dr. Horst Posdorf (CDU)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde:

Haltung der Landesregierung zur Zulässigkeit von sogenanntem "Gen-Mais"

- Berichts-anforderung durch die CDU-Fraktion

1

Der Ausschuß erörtert das Thema auf der Grundlage eines Berichtes durch das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft. In der Aussprache werden Detailfragen erörtert. Der Ausschuß nimmt ergänzende Informationen durch das MURL und das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten entgegen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Vorlagen 12/808, 12/798, 12/820, 12/795, 12/787, 12/789, 12/790, 12/802, 12/810, 12/811, 12/826, 12/834, 12/942, 12/958

EU-Vorlage 12/116

Europa- und Eine-Welt relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- b) Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung
- c) Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
- d) Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr
- e) Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
- f) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
- g) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

4

Der Ausschuß berät Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen der unter den Unterpunkten a) bis g) aufgeführten Einzelpläne. Die Abstimmungssitzung wird für den 27. November 1996 vorgesehen.

3 Verschiedenes

13

Das nächste Gespräch der Obleute des Ausschusses findet am 14. November 1996 ab 10.00 Uhr statt.

Kommission zurücküberwiesen worden, die nun allein entscheiden könne. Diese ihrerseits habe sich erneut an die im Bericht des Staatssekretärs genannten Gremien gewandt, deren Voten allerdings noch nicht vorlägen. Offenkundig bestehe eine gewisse Unsicherheit gegenüber dem Beratungsgegenstand, die dazu veranlasse, sich nicht eindeutig entscheiden zu wollen.

Deshalb habe es Bemühungen von nordrhein-westfälischer Seite gegeben, wenigstens in Deutschland eine Kennzeichnungspflicht vorzusehen, damit die Verbraucher wüßten, mit welchen Lebensmitteln sie es zu tun hätten. Auf dieser Grundlage sollten sie eine "selbstbewußte Kaufentscheidung" treffen können.

Ilka Keller (CDU) hält fest, mit dem Thema solle sehr behutsam umgegangen werden, weil davon Rückwirkungen auf die Nahrungsmittelindustrie ausgehen dürften. Wenn die Bevölkerung zu Überreaktionen veranlaßt werde, könne langfristig Angst geschürt werden, die wirklich nicht angebracht sei. Insofern müsse sofort damit begonnen werden, daß Lebensmittel in Zukunft ausgezeichnet und auf diesem Wege Vorbehalte abgebaut würden.

Zu Fragen der **Inge Lagemann (SPD)** betreffend die ZKBS erläutert **Staatssekretär Griese**: Die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit sei nach Maßgabe des Gentechnikgesetzes eingerichtet worden und vor allem dafür zuständig, die Risiken gentechnischer Anlagen und bei Freisetzungsversuchen zu beurteilen sowie entsprechende Klassifizierungen vorzunehmen. Finanziert werde sie öffentlich. In den Beratungsgremien wirkten Behördenvertreter sowie an Hochschulen tätige Wissenschaftler mit.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Vorlagen 12/808, 12/798, 12/820, 12/795, 12/787, 12/789, 12/790, 12/802, 12/810, 12/811, 12/826, 12/834, 12/942, 12/958

EU-Vorlage 12/116

Europa- und Eine-Welt relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- b) Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung
- c) Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
- d) Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

- e) Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
- f) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
- g) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf erinnert daran, in der letzten Sitzung habe der Ausschuß die Einführungsberichte des Europaministers zu den europapolitisch relevanten Haushaltspositionen sowie des Chefs der Staatskanzlei zu den Eine-Welt-bezogenen Haushaltspositionen entgegengenommen. In der heutigen Sitzung stehe die "zweite Lesung" des Haushalts an. Nach Absprache mit dem Chef der Staatskanzlei und dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten schlage er vor, der Ausschuß solle sich zunächst mit den Eine-Welt-relevanten Aspekten im Haushaltsgesetz 1997 befassen. Bereits in der letzten Sitzung habe Staatssekretär Frohn eine allgemeine Einführung zu den Ansätzen des Einzelplans 02 gegeben und dabei auch Aspekte anderer Einzelpläne angesprochen.

Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit

Ilka Keller (CDU) zitiert aus der Einbringungsrede des Chefs der Staatskanzlei:

"Wie bereits im laufenden Jahr, so haben wir auch für 1997 eine Veränderung der Gewichte zwischen der Ost-West-Zusammenarbeit - Kapitel 02 030 - und der Eine-Welt-Politik - Kapitel 02 040 - vorgenommen. Während wir den Ansatz für Internationale Zusammenarbeit vor allem die mittel-, südost- und osteuropäischen Staaten umfaßt 10 % auf jetzt 21 Millionen DM vermindert haben, haben wir den Ansatz für Eine-Welt-Politik um etwas mehr als 8 % gesteigert."

Ostpolitik sei jedoch nach Ansicht ihrer Fraktion, so Ilka Keller, eine Art Zweite-Welt-Politik. Dort dürfe nicht in dem aus dem Haushaltsplanentwurf ersichtlichen Umfang reduziert werden. Auf welcher Grundlage habe die aus dem Haushaltsplanentwurf ersichtliche Gewichtung stattgefunden?

Staatssekretär Rüdiger Frohn, Chef der Staatskanzlei, bittet darum, die absoluten Zahlen einander gegenüberzustellen und dabei zu relativieren: Ausgaben in Höhe von circa 5,8 Millionen DM für Maßnahmen des Ministerpräsidenten für Eine-Welt-Politik (Kapitel 02 040) könnten im Verhältnis zu 21 Millionen DM für internationale Zusammenarbeit (Kapitel 02 030) nicht als ungleichgewichtig bezeichnet werden. Die Ansatzverschiebungen seien zulässig und vertretbar. Denn in seiner Projektzusammenarbeit mit Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas habe Nordrhein-Westfalen Beiträge geleistet wie kaum ein anderes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In den Transformationsländern sei während derer Transformationszeit eine Menge bewegt worden.

Auch festgestellt werden könne, daß die nordrhein-westfälischen Projekte in einigen Ländern zum Abschluß gekommen seien (zum Beispiel in Bulgarien). Die Arbeit, von der sich die Landesregierung vor allen Dingen Multiplikationsfunktionen verspreche, werde in der Eine-Welt-Politik gesehen. Er halte es für die Arbeit in Projekten für gut und wichtig, die Notwendigkeiten immer wieder neu zu justieren.

Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit Ausgaben und Investitionen

Aus der Vorlage 12/971, bemerkt **Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf**, gehe hervor, daß bis einschließlich 1996 verschiedene Projekte speziell im nordirakischen Grenzgebiet gefördert worden seien. Das sei vor allem im letzten Jahr dem Landtag gegenüber als besonders wichtig dargestellt worden. Im Entwurf 1997 seien keine Hinweise mehr auf in diese Richtung zielende Aktivitäten zu finden. Könne das damit zusammenhängen, daß bestimmte Persönlichkeiten in der dortigen Region nicht mehr als besonders förderungswürdig eingestuft würden?

Als der Haushalt im Kabinett aufgestellt worden sei, antwortet **Staatssekretär Rüdiger Frohn, Staatskanzlei**, sei von den aktuellen Auseinandersetzungen in Kurdistan überhaupt nicht die Rede gewesen. Wie bei jedem anderen Projekt, so seien auch hier begrenzte Zeiträume zu beachten. Die Landesregierung wolle sich nicht in Dauerfinanzierungstatbestände hineinbegeben. Deshalb sei die vom Vorsitzenden angesprochene Region "herausgenommen worden".

Dabei wolle er sich nicht festlegen, ob ein bestimmtes Projekt "besonders förderungswürdig" oder "nicht besonders förderungswürdig" sei. Vielmehr sei ein Projekt "zu einem Abschluß gekommen". Ob ein Folgeprojekt gestartet werde, bedürfe einer neuen Entscheidung. Daß die Landesregierung bei ihren Überlegungen eine solche Entscheidung nicht getroffen habe, hänge nicht mit einem Werturteil oder Unwerturteil über Projekte an welcher Stelle auch immer zusammen.

Während der letztjährigen Haushaltsberatungen, reklamiert **Ilka Keller (CDU)**, seien die in Rede stehenden 500 000 DM überhaupt nicht vorgesehen gewesen, sondern erst auf speziellen Wunsch einzelner Personen einer gewissen Partei eingefügt worden. Welche Projekte seien konkret gefördert worden? Welche Projekte seien zum Abschluß gebracht worden?

Staatssekretär Rüdiger Frohn erwidert, diese Mittel seien für 1996 bereitgestellt und dem Innenminister zur Bewirtschaftung zugewiesen worden. Damit solle wie auch in den Vorjahren die Wiederherstellung dörflicher Infrastruktur im Norden des Irak fortgesetzt werden.

In diesem Volumen sei das Vorhaben im übrigen zum Abschluß gebracht worden. - Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Dr. Horst Posdorf** sagt **Staatssekretär Rüdiger Frohn** zu, dem Ausschuß eine schriftliche Übersicht der im einzelnen geförderten Projekte zur Verfügung zu stellen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) berichtet aus persönlicher Anschauung der Projekte: Wie beantragt werde dort der vom Deutschen Arbeiter-Samariter-Bund projizierte Wiederaufbau von Dörfern, Wasserstellen und ähnlichen Infrastruktureinrichtungen, Schulen und Sanitätsstationen betrieben. Soweit ihm bekannt sei, würden diese Arbeiten zum Ende des laufenden Monats abgeschlossen. Einem Zwischenbericht des zuständigen Projektleiters sei zu entnehmen, daß es sich nicht nur um ein reines NRW-Projekt handle, sondern die NRW-Mittel durch Komplementärmittel der US-Regierung ergänzt würden. Zu den 500 000 DM seien ungefähr 2,2 Millionen DM der US-Regierung gekommen. NRW habe somit eine Art Anschubfinanzierung geleistet. Die Wiederaufbaumaßnahmen würden im übrigen in einem Gebiet durchgeführt, das weder in der Vergangenheit noch heute von den Spannungen im Nordirak in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Dr. Horst Posdorf**, ob sich der Staatssekretär den Ausführungen des Abgeordneten Martsch anschließen könne, antwortet **Staatssekretär Rüdiger Frohn**, er werde einen Bericht erstatten, der auf amtlichen Quellen beruhe. Das habe nichts damit zu tun, daß er Abgeordneten mißtraue, sondern lediglich damit, daß der Ausschuß einen Anspruch darauf habe. Den entsprechenden Bericht des Innenministers werde er sowohl dem Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik als auch dem Hauptausschuß zuleiten.

Die Ausführungen des Staatssekretärs, bemerkt **Volkmar Klein (CDU)**, zum Abschluß von Projekten im allgemeinen seien sicherlich zutreffend. Da aber das in Rede stehende Projekt im vergangenen Jahr noch sehr stark gepuscht worden sei, während jetzt Berichten entnommen werden könne, daß der damalige Adressat nicht mehr im Land weile, müsse dies schon Mißtrauen bezüglich der Verwendung nordrhein-westfälischer Gelder schüren. Sofern das Projekt jetzt nicht mehr erwähnt werde, könne das natürlich mit seinem Auslaufen zu tun haben. Aber die Vorgeschichte zugrunde gelegt, gebe Anlaß zu der Befürchtung, daß möglicherweise Geld in schwer zu identifizierende Kanäle geflossen sei. Deswegen müßten die Zusammenhänge im Detail geklärt werden.

Staatssekretär Rüdiger Frohn stellt klar, Projekte seien nicht personenabhängig gefördert worden. Es handle sich vielmehr um ein Projekt des Arbeiter-Samariter-Bundes, das die Staatskanzlei über den Innenminister gefördert habe. Daß die geförderten Projekte in Gebieten lägen, die nicht durch Aufstände heimgesucht worden seien, könne er durchaus ohne Akteneinsicht bestätigen. Die Bemerkung des Abgeordneten Klein, es sei möglicherweise Geld in schwer zu identifizierende Kanäle geflossen, wolle er vor dem Hintergrund, daß Adressat der

Mittel der Innenminister gewesen sei, der sie dann an den Arbeiter-Samariter-Bund weitergeleitet habe, in der geäußerten Form nicht stehen lassen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) bestätigt, seine Ausführungen sehe er nicht als Ersatz für einen Bericht durch die Landesregierung. Das sollte sich in einer Gesprächsrunde, in der eine gewisse Sachkenntnis landespolitischer Zusammenhänge eigentlich vorausgesetzt werden dürfe, eigentlich von selber verstehen. Auf die staatliche Gewaltenteilung weise er in diesem Zusammenhang hin. Er habe seinen Bericht nur als das freundliche Angebot empfunden, seine Informationen weiterzugeben. - Zuwendungsempfänger sei in der Tat der mit der Projekt- abwicklung beauftragte Arbeiter-Samariter-Bund, der im Irak schon seit längerer Zeit tätig gewesen sei. Im übrigen seien auch die Evangelische Kirche Deutschland, das Berliner Missionswerk und weitere kleinere Gruppen in demselben geographischen Gebiet tätig gewesen. Spannungen habe es dort während des gesamten zu berücksichtigenden Zeitraumes nie gegeben, so daß man ungehindert habe arbeiten können.

Er könne insofern nicht nachvollziehen, auf welcher Grundlage der Abgeordnete Klein seine Formulierung begründe, "Gelder könnten möglicherweise in irgendwelche schwer zu identifizierenden Kanäle geflossen sein". Falls derartige Befürchtungen bestünden, müßten sie begründet werden. Dann könne das für den jeweiligen Einzelfall seriös untersucht werden.

Selbst während seiner Zeit in der Opposition habe er jedoch nie den Eindruck gewinnen können, irgendwelche Parteien in der Region Irak seien von der Landesregierung unterstützt worden. Dagegen hätte er sich nicht nur als Oppositionspolitiker gewehrt, sondern würde dies auch heute - wenn das der Fall wäre - entschieden ablehnen. Er halte nämlich die Verquickung von Parteienunterstützung und humanitärer Hilfe insgesamt für falsch und schädlich.

Ilka Keller (CDU) weist auf die Zusammenstellung der Projekte der Staatskanzlei in der Vorlage 12/942 der Landesregierung hin. Ihr fehle die Vernetzung der dort aufgeführten Projekte. Mache es zum Beispiel wirklich Sinn, vereinzelt Projekte - wie etwa eine Windkraftanlage oder den ökologischen Gemüseanbau in El Salvador - zu fördern? Was geschehe auf langfristige Sicht gesehen? Wie stelle sich die Landesregierung eine Vernetzung der einzelnen Projekte vor?

Staatssekretär Frohn (Staatskanzlei) gibt zu bedenken, daß zumindest bei solchen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die nicht von der Staatskanzlei, sondern Nichtregierungsorganisationen durchgeführt würden, die Ansprüche, wie sich nordrhein-westfälische Projekte in den Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit in der dritten Welt einfügten, bescheidener formuliert werden sollten. Bei der betroffenen Organisation müsse es sich um einen seriösen Partner handeln, der darüber hinaus in der Lage sei, ein solches Projekt zu planen, durchzuführen und zu begleiten. Außerdem müsse es einen Partner "vor Ort" geben, mit dem das Projekt gemeinsam verfolgt werde. Dieser Partner vor Ort sollte so verlässlich sein, daß auch singuläre Projekte einen langfristigen Effekt hätten. Er gehe davon aus, daß man insbesondere dort, wo Projekte nicht in eine institutionelle Förderung mündeten und damit auch nicht

prinzipiell auf Vernetzung angelegt seien, solche Forderungen nicht gestellt werden könnten. Das werde nicht die Zustimmung der auch mit erheblichen Eigenmitteln engagierten Initiativen finden.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)

Titel 684 20 - Zuschüsse zum Aufbau eines Netzes von "Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren"

Ihre Fraktion, bekräftigt **Ilka Keller (CDU)**, sehe den Einsatz so vieler Kräfte nach wie vor sehr kritisch. Müsse auch für die nächsten Jahre damit gerechnet werden, daß weiterhin hohe Beträge für Verwaltungsmaßnahmen gebunden würden?

Wie bereits in seiner Einbringungsrede dargelegt, antwortet **Staatssekretär Rüdiger Frohn**, könnten mit dem vorgesehenen Ansatz an 18 Standorten in Nordrhein-Westfalen für sieben verschiedene Sektoren Promotorinnen und Promotoren gefördert werden. Angesichts der Größe Nordrhein-Westfalens halte er die zu diesem Zweck vorgesehenen Mittel für nicht übermäßig hoch. Die Staatskanzlei plane, 1998 zu einem Abschluß zu kommen und dann ein Netzwerk von ungefähr dreißig Personen vorzuhalten. Der vorgesehene Kostenrahmen werde sich auf circa 2,5 Millionen DM belaufen.

Das derzeit praktizierte Zwei-Säulen-Modell mit den in der Landesarbeitsgemeinschaft dritte Welt zusammengefaßten Einrichtungen und den von der Carl-Duisberg-Gesellschaft gesteuerten Einrichtungen werde eine große Zustimmung finden, weil dabei Partner zueinander geführt worden seien, von denen man angenommen habe, daß sie nie zusammengeführt werden könnten, da sie zu verschiedenartige Arbeitskulturen pflegten. Bei allen Fraktionen des Deutschen Bundestages gebe es zu diesem Modell eine gute Zustimmung.

Er sehe sich nicht in der Lage, sehr langfristige Planungszusagen abzugeben, zumal die "Halbwertszeit von Haushaltszahlen" immer, überall und auf allen staatlichen Ebenen kürzer würden. Eine behutsame Ausbauplanung sei angeraten, da hinter den Sachkostenzuschüssen real Menschen stünden, die eine Perspektive benötigten und nicht ohne weiteres mit den Sachkosten im Ernstfall wieder heruntergekürzt werden könnten.

Es sei sicherlich gut, wenn sich, bemerkt **Werner Jostmeier (CDU)**, das Thema so positiv entwickeln werde, wie dies Staatssekretär Frohn skizziert habe. Auf Bedenken seiner Fraktion habe er bereits bei früheren Gelegenheiten aufmerksam gemacht. Er bitte den Staatssekretär um Erläuterung, welche Aufgabe den sieben Sektoren zukomme.

Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei) legt dar, das Promotorinnen-/Promotoren-Modell sei im Diskurs mit den Menschen, die im Rahmen dieses Vorhabens tätig werden sollten, entwickelt worden. Beispielsweise sei der am Nord-Süd-Zentrum Bonn installierte Koordinator für alle Standorte zuständig, sofern von diesen einschlägige Kompetenz abgefragt werde. Es gebe eine Mischung zwischen vertretbarem Regionalprinzip und Sachprinzip. Nach seinem bisherigen Kenntnisstand gehe er nicht von weiteren Sektoren aus. Möglicherweise werde eine sektorale Kraft installiert, die für Fragen zuständig sei, wie beispielsweise für Dritte-Welt-Aktivitäten Finanzquellen erschlossen werden könnten. Dabei gehe es nicht darum, daß jemand die Promotorinnen koordiniere, sondern den bereits bekannten sieben Sektoren solle eine Kraft für finanzielle Belange zur Verfügung gestellt werden. Schließlich seien Promotorinnen/Promotoren kein Selbstzweck, sondern installiert worden, damit auch kleinere Initiativen Hilfestellung bei ihren Vorhaben bekommen könnten.

Ilka Keller (CDU) erinnert daran, bisher sei es vielen privaten, ehrenamtlich tätigen Organisationen immer gelungen, private Gelder zu sammeln. Sollten sie sich, so fragt die Abgeordnete, nun etwa in Zukunft darum kümmern, wie sie an Fördermittel kämen? Das wäre in der Tat eine fatale Entwicklung.

Staatssekretär Rüdiger Frohn erwidert, in diesem Zusammenhang vertrete er eine grundsätzlich andere Auffassung: Solange es "humanitäres Geld" aus Brüssel gebe, sei für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb die Landesregierung nicht auch den Organisationen in Nordrhein-Westfalen den Hinweis geben sollte, wie an solche Mittel zu kommen sei. Sicherlich gehöre in diesen Zusammenhang auch der Gesichtspunkt, wie Finanzmittel aus privaten Kassen erschlossen werden könnten. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe für Nichtregierungsorganisationen, die sich an der "Expo 2000" beteiligen wollten, Mittel in Höhe von 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Solche Quellen aufzuspüren und für Gruppen aus Nordrhein-Westfalen nutzbar zu machen, halte er für ein legitimes Anliegen.

Bevor sich der **Ausschuß** mit der Beratung spezifischer Europa-relevanter Aspekte weiterer Einzelpläne befaßt, teilt **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** zur Pflege und dem Ausbau der internationalen Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen mit: Der Ausschuß solle sich entsprechend der Übung aus der vergangenen Legislaturperiode zu diesem Thema einen vertiefenden Bericht durch das Europaministerium und die Staatskanzlei erstatten lassen. Er beabsichtige, daß Thema für eine Sitzung nach Abschluß der Ausschußberatungen auf die Tagesordnung zu setzen. Nach entsprechender Abstimmung könne dies beispielsweise am 2. Dezember der Fall sein.

Sodann ruft der **Vorsitzende** auf:

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten**Kapitel 09 030 - Europaangelegenheiten****Titel 534 00 - Europapolitische Veranstaltungen**

Ilka Keller (CDU) bittet um Auskunft, weshalb der Ansatz um 100 000 DM gekürzt worden sei und welche Maßnahmen beabsichtigt seien.

Minister Dr. Dammeyer antwortet, im vorigen Jahr sei ein Austausch zwischen den "Grenz-überschreitenden Aktivitäten" und den "Europapolitischen Veranstaltungen" erfolgt. Das werde nun umgekehrt und korrespondiere mit dem Titel 684 20 (Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen zur Vertiefung von Kontakten im deutsch-belgischen und deutsch-niederländischen Grenzgebiet sowie zur Förderung der europäischen Integration). Der Finanzminister habe dem Europaministerium für europapolitische Veranstaltungen aus den Verstärkungsmitteln des Haushaltsplans 20 in diesem Jahr eine erhebliche Summe zur Verfügung gestellt. Das Europaministerium gehe davon aus, daß es auf jeden Fall zurechtkommen werde.

Daß die Mittel in die Euregios flössen, begrüßt **Ilka Keller (CDU)** namens ihrer Fraktion. Dieser Forderung aus dem letzten Jahr sei damit entsprochen worden. Trotzdem wisse sie immer noch nicht, welche größeren Veranstaltungen geplant seien.

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Manfred Dammeyer antwortet, das Ministerium wolle das fortsetzen, was in diesem Jahr mit der Europa-Initiative der Landesregierung begonnen werde. Dabei konzentriere sich die Landesregierung auf Multiplikatorenveranstaltungen. Insofern bestehe nicht die Absicht, Europaveranstaltungen, die durch die Landesregierung initiiert würden, flächendeckend im gesamten Land anzubieten. Neue Initiativen seien für den landwirtschaftlichen Bereich geplant. Weitere Gesprächspartner seien Sparkassen und Banken. Als dritter Partner würden die Gleichstellungsstellen sowie ähnliche gesellschaftliche Gruppierungen angesprochen, die in Parallelität zur europäischen Entwicklung Aktionen durchführten. Auch im Auge habe man die Europa-Betriebsräte.

Ansonsten werde das fortgesetzt, was in diesem Jahr begonnen werde, soweit es zur Aufrechterhaltung der vom Ministerium durchgeführten Multiplikatorenaktivitäten vonnöten sei. dabei gehe es um die Industrie- und Handelskammern, die Wirtschaftsförderungsämter sowie die in dem Thema arbeitenden Hochschullehrer und Lehrer an Volkshochschulen.

Titel 685 30 - Ausgaben der Mitgliedschaft in europäischen Regionalorganisationen

Das Ist für 1995, erinnert **Ilka Keller (CDU)**, belaufe sich auf lediglich 47 000 DM. Sie bitte um Auskunft, worin sich der gleich gebliebene Ansatz 1996/1997 in Höhe von 80 000 DM begründe. - Zurückzuführen sei diese Veränderung, teilt **Minister Dr. Dammeyer** mit, auf geänderte Beitragssätze. Im Unterschied zu anderen Ländern wolle Nordrhein-Westfalen jedoch seine Mitgliedschaft nicht aufgeben, weil gegenwärtig Bemühungen liefen, die Versammlung der Regionen Europas im Zuge des Bonn-Berlin-Ausgleichs nach Bonn zu holen.

Sodann leitet **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** über zur Diskussion über die weiteren von den Fraktionen zur Beratung beantragten Einzelpläne und ihren europarelevanten Haushaltspositionen. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang, so der Vorsitzende, auch die Vorlage 12/116 des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten vom 10. Oktober 1996.

Zum Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - ergeben sich aus dem **Ausschuß** keine Nachfragen.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ilka Keller (CDU) macht auf den Ansatz zur "Finanziellen Unterstützung von nordrhein-westfälischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei der Antragstellung im Bereich der Förderprogramme der Europäischen Union" in Höhe von 500 000 DM aufmerksam.

Ministerialrat Möller-Döring (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) führt aus, diese Mittel würden Antragstellern zur Verfügung gestellt, die bisher noch keine Anträge auf Fördermittel in Brüssel gestellt hätten. Viele Wissenschaftler beklagten sich darüber, das Antragsverfahren sei zu kompliziert und die Erfolgsquote zu niedrig. Die Landesregierung wolle mit ihrem Mittelansatz motivieren, doch Anträge zu stellen. Außerdem solle den Wissenschaftlern die Möglichkeit eingeräumt werden, Kontakt mit Kollegen in anderen Ländern der Europäischen Union aufzunehmen, damit zu gleichen Projekten gemeinsame Förderanträge gestellt werden könnten. - Auf Anregung des **Vorsitzenden Dr. Horst Posdorf** sagt **MR Möller-Döring** zu, die Aussagen der Vorlage des Europaministeriums zum Einzelplan des Wissenschaftsministeriums durch eine weitere Vorlage informativ zu ergänzen.

Minister Dr. Dammeyer teilt mit, für die Unternehmen würden in Nordrhein-Westfalen erheblich mehr Mittel veranschlagt, um deren "Treffsicherheit" zu steigern. Auf die Beratung, die kleinen und mittelständischen Unternehmen über das Programm ZENIT zuteil werde, weise er in diesem Zusammenhang hin.

Sodann ruft **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** die weiteren auf der Tagesordnung stehenden Einzelpläne auf. Nachfragen aus dem **Ausschuß** ergeben sich nicht. Der **Vorsitzende** erinnert daran, die Abstimmungssitzung werde voraussichtlich am 27. November 1996 ab 9.30 Uhr stattfinden. Ich schließe sich ab 10.30 Uhr eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses an. Er bitte die Fraktionen darum, ihre Anträge den anderen Fraktionen und ihm zur Verteilung möglichst frühzeitig zur Verfügung zu stellen, so daß in der Sitzung am 27. November lediglich die Abstimmung stattfinde. Eine Diskussionsrunde werde nicht mehr geführt.

3 Verschiedenes

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf weist die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen darauf hin, daß das nächste Obleutegespräch auf Donnerstag, 14. November 1996 - Beginn: 10.00 Uhr -, terminiert sei.

gez. Dr. Posdorf
Vorsitzender

19.11.1996/27.11.1996